

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Bickenbach

Pressesprecher
Ulrich Friedrich Koch
Alsbacher Str. 19 , 64404 Bickenbach



Darmstädter Echo
Regionalredaktion Darmstadt-Land/Dieburg
- z.Hd. Herrn Reiner Trabold -
Postfach 100 155

64276 Darmstadt

30. November 1993

Presseerklärung

Ergebnisse aus dem **Öffentlichen Disput** zum Thema Kindertagesstättenbeiträge
am 24.11.1993 in Bickenbach

Sehr geehrter Herr Trabold,

nachstehend möchte ich Sie über das Ergebnis unseres Öffentliche Disputes informieren und um Veröffentlichung im Darmstädter Echo bitten.

Zu der Veranstaltung waren 33 Personen erschienen, neben vielen Eltern waren PolitikerInnen von SPD, CDU und Grünen aus der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorstand anwesend. Gerlinde Merg, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, fungierte als Versammlungsleiterin. Zu Beginn stellte sie den aktuellen Sachstand dar.

Zur *Situation in Bickenbach* wurde zusammengetragen:

* Der seitherige Zuschuß zum Kindergarten Höhsand betrug im Jahr 1993 rund DM 470.000 ; nach Eröffnung der zweiten KT Hasentanne wird er rund DM 1 Mio. betragen - dies bei einem voraussichtlichen Verwaltungshaushaltsvolumen zwischen DM 8-10 Mio. Die vom Gemeindevorstand geplante Beitragserhöhung von DM 90 auf DM 130 für das 1. Kind wird diesen Zuschußbedarf um etwa DM 75.000 senken.

* Die Kosten für einen KT-Platz pro Monat betragen zur Zeit ca. DM 450 , der Kostendeckungsgrad des seitherigen Eltenbeitrages lag bei rund 20% .

* Die jetzt gültige Beitragshöhe hat seit 1990 bestand. Damals war der Beitrag um DM 10 erhöht worden. Die geplante Beitragserhöhung liegt schon für das 1. Kind bei fast 50% . Für das 2. Kind soll von DM 0 auf DM 90 "angehoben" werden.

Zur **Grundsatzfrage einer Beitragserhöhung** wurde vorgebracht:

* Alle anwesenden sprachen sich grundsätzlich -analog der Schulfinanzierung- dafür aus, Kindertagesstättenangebote zu 100% aus Steuermitteln zu finanzieren und auf die Erhebung eines zusätzlichen Beitrages ("Schulgelds") von den betroffenen Eltern zu verzichten.

* Der KT-Beitrag ist ein politischer Preis. Erhöhung der Beitragsforderung bei Senkung des Steueranteils bedeutet eine Kostenverlagerung auf die Eltern. Eltern empfinden dies als zusätzlich "Strafe".

* Kindertagesstätten sind keineswegs "Aufbewahrungsstätte für Kinder von Müttern, die sich selbst verwirklichen wollen". Ihr Bildungsauftrag ist u.a., miteinander über soziale Grenzen hinaus zusammenleben zu lernen sowie die Herstellung von Chancengleichheit für die zukünftigen GrundschülerInnen. Dem entsprechen frühere Überlegungen zur Einführung einer Kindertagesstättenpflicht analog der Schulpflicht und die aktuelle Forderung des Gesetzgebers an die Kommunen, bis 1996 allen Kindern einen KT-Platz anbieten zu können.

* Eine Beitragserhöhung birgt folgende Gefahren:

- privat organisierte Aufbewahrung statt Bildungsauftrag
- Abmeldung von Kindern ./ Verfestigung von Chancenungleichheit
- KT-Platz wird zum Luxus mit negativen Folgen für die soziale Zusammensetzung von KT-Gruppen
- Kindertagesstätten sind nicht mehr ausgelastet ./ Arbeitsplatzabbau
- politisches Signal: Frauen zurück an Heim und Herd .

Zur **Sozialstaffel** wurde erklärt:

* Niemand will sie !

* Die Orientierung am Brutto-Lohn, statt am verfügbaren Netto-Einkommen wird scharf kritisiert.

* Der Vorschlag des "Hessischen Städte- und Gemeindebundes", bei einem Brutto-Lohn von DM 2.000 als unterste Beitragsstufe für das 1. Kind DM 80 zu erheben, wird als weltfremd qualifiziert.

An **Vorschlägen für eine Beitragsgestaltung** wurde vorgetragen:

- ▶ Beitragserhöhung nur für das erste Kind
- ▶ Beitragssenkung für das letzte KT-Jahr vor der Grundschule als Anreiz
- ▶ Staffelung von Beiträgen nach der Tagesnutzungsdauer (halb-oder ganztags)
- ▶ bei Geschwisterkind-Ermäßigung Berücksichtigung aller Geschwister, nicht nur der im Kindertagesstättenalter
- ▶ Werbung für die Zahlung von freiwilligen, steuerlich absetzbaren Förderbeiträgen
- ▶ Erhebung eines "Kinderpfennigs" im Rahmen des gemeindlichen Steuerheberechts
- ▶ DM 130 sind nach subjektivem Empfinden der meisten Anwesenden das zumutbare Maximum

Klärungsbedarf besteht bezüglich der schriftlich geäußerten Ankündigung der Arbeiterwohlfahrt als Trägerorganisation der neuen KT-Hasentanne, für einen Ganztagsplatz DM 160 zuzüglich Essensgeld als Beitrag zu fordern, obwohl zuvor eine Beitragsangleichung an den kommunalen Kindergarten Höhsand (DM 130) zugesagt war.

Das Beispiel für eine Familie mit zwei Kindern, die zeitgleich eine Kindertagesstätte besuchen, mit dem Rechnungsergebnis von über DM 300 als monatliche Beitragsbelastung gab zu denken.

Der Gesprächsverlauf wurde als offen und konstruktiv empfunden. Die Bereitschaft zu sachlicher Diskussion war groß. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Gemeindevorstand vor einem Beschluß über eine Beitragserhöhung das Gespräch mit den Eltern gesucht hätte.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Friedrich Koch

Anlage: Schriftliche Anfrage der Grünen
zum Thema KT-Beiträge
vom 17.11.1993